

**Christoph Görg**

## **Politik und Organisation**

**Bemerkungen zum Verhältnis von Parteien und Bewegungen  
Thesen zum Internationalen Workshop der Rosa Luxemburg  
Stiftung: Organisationsreformen - Erfahrungen und Probleme linker  
europäischer Parteien und sozialer Bewegungen bei der  
Umgestaltung ihrer Organisation, Struktur und Arbeitsweise“ am  
19./20. Juni 2003 in Berlin<sup>1</sup>**

### **Parteien und soziale Bewegungen**

Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin, (+49-30) 44 310 160, [politikanalyse@rosalux.de](mailto:politikanalyse@rosalux.de)

The logo consists of the lowercase letters 'rls' in a bold, serif font. The 'r' and 'l' are red, while the 's' is black.

---

<sup>1</sup> Vorbemerkung: Die Thesen beziehen sich implizit auf die Vorlage von Michael Chrapa: „Das Projekt Parteireform in der PDS“, sind aber nicht als Kommentar angelegt.

**1) Eine Organisationsreform ist abhängig a) von der Problembeschreibung, d.h. dem Warum? und b) von der Zielsetzung: dem Wozu? Beide Ebenen sind aber eng miteinander verknüpft in der Frage: Wo liegt denn eigentlich das Problem?**

Diese Eingangsfrage ist nicht ganz so banal, wie sie vielleicht auf den ersten Blick klingen mag. Denn Parteireformen sind in der BRD in der Vergangenheit meist unter der Perspektive: >Erhöhung der organisatorischen Effizienz< betrieben worden. Ich verweise vor allem auf die Parteireform der CDU in den 1970er Jahren unter Kurt Biedenkopf, die die alte Honoratiorenpartei in ein relativ schlagkräftiges und mobilisierbares Instrument der Parteiführung verwandelt hat. In dieser Problemperspektive besteht das Ziel darin, eine Organisation als Mechanismus der Willensbildung von „oben“ nach „unten“ funktionsfähig und für die Erhöhung der Kampagnenfähigkeit im System der Parteienkonkurrenz besser verwendungsfähig zu machen. Eine solche instrumentelle Orientierung ist nicht nur für eine Oppositionspartei wichtig, um sich in der Öffentlichkeit besser als Alternative darstellen zu können, sondern mehr noch für eine Regierungspartei, um die Parteibasis und die in ihr sich artikulierenden Interessen hinter die Regierungspolitik zu bringen – sprich: einen gesellschaftlichen Konsens zu organisieren. Was dies bedeutet, bekommen wir gerade in der SPD geboten, die gesellschaftlichen Dissens über ihre „Reformpläne“ als Konsensbildungsprozess inszeniert. Doch diese Strategien bleiben im System der Parteienkonkurrenz gefangen und haben erhebliche Defizite im Hinblick auf innerparteiliche Demokratie wie auf die Fähigkeit, quer liegende Interessen und neue Themen aufgreifen zu können.

Fazit: Die Zielvorstellung der PDS als „moderne Mitgliederpartei“ scheint nicht ausreichend und klar genug zu sein. Einmal bleibt sie zu unklar im Hinblick auf die Frage der innerparteilichen Partizipation. Und zudem wird sie von einer Ambivalenz geprägt, die zwischen der Erhöhung von Effizienz auf der einen und der Ermöglichung eines Lernprozesses aus der anderen Seite hin und her schwankt. Beides kann man unmöglich gleichzeitig ansteuern und wird sich immer wieder in die Quere kommen.

**2) Klarheit über Ausgangsproblem und Zielsetzung einer Reform ist also von zentraler Bedeutung. Zudem kann bezweifelt werden, dass organisatorische Reformen als planmäßige Veranstaltungen betrieben werden können. Gerade in der heutigen Zeit dominiert die schleichende Anpassung an das Parteiensystems, seine Krisen und seine tatsächlichen wie vermeintlichen Sachzwänge.**

Ein Beispiel dafür ist sicherlich die Partei der Grünen, die sich in 20 Jahren von nahezu allen Elementen verabschiedet hat, die sie – in ihrem Selbstverständnis nach – als „Partei neuen Typs“ auszeichnen sollte. Zunächst hat sie sich von der öffentlichen Diskussion in die Dichotomisierung Fundi – Realos treiben lassen, mit dem Erfolg, dass nach einigen Jahren alle noch ein kleinwenig radikaler klingende Positionen aus der Partei ausgetreten oder in der Partei marginalisiert waren (bis auf ein paar Feigenblätter, die man zum Zwecke des Erschließens bestimmter Wählergruppen noch braucht). Dann wurde die innerorganisatorische Effizienz als Zielvorstellung immer dominanter und zuletzt die Personalisierung von Politik mehr oder weniger schleichend übernommen. Das Ganze wirft die Frage auf, wie ein Reformprozess zu organisieren ist und welche Kräfte in ihm zum tragen kommen.

These: Es reicht nicht, von einem „Modernisierungsprozess“ zu sprechen, denn unter diesem Titel läuft meist das Gegenteil von dem ab, was man noch sinnvoll Weise als planmäßige Verbesserung der innerparteilichen Willensbildung bezeichnen kann. Insbesondere wenn der Anspruch eines organisationsinternen Lernprozesses ernst genommen werden soll, müssen die

externen wie internen Zwänge organisatorischer Veränderung kritisch reflektiert und zu ihnen eine klare Position formuliert werden.

**3) Die heutige gesellschaftliche Situation ist für alle Parteien und politische Organisationen sehr schwierig und stellt alle Reformprozesse unter extreme Anforderungen.**

- a) Einmal leiden das politische System und alle Parteien unter erheblichen Legitimationsdefiziten. Trotz teilweise hohem Erwartungsdrucks an die Steuerungsleistungen des politischen Systems ist dieses als Ort der gesellschaftlichen Willensbildung wie zur Organisation politischer Kompromisse entwertet (diese Entwicklung wird unter der Begriff der „Politikverdrossenheit“ skandalisiert). Die Bereitschaft, sich an Parteien dauerhaft zu binden ist generell rückläufig. Ein Engagement in Parteien kommt überwiegend nur noch aus Karrieregründen in Betracht.
- b) Für linke Parteien ist darüber hinaus noch ein schleichender Anpassungsprozess an neoliberale Denkmuster zu beobachten. Das geht über die Privilegierung von Marktmodellen und Privatisierungsprogrammen weit hinaus. Margaret Thatcher wird ihre helle Freude daran gehabt haben, wenn sie gelesen hat, wie die grüne Parteiprominenz auf dem letzten Parteitag durch die Bank die Agenda 2010 verteidigt hat: „There is no Alternative“, kurz: TINA. Das Wort „Reform“ ist inzwischen synonym geworden mit der technischen Umsetzung scheinbar politisch neutraler Sachzwänge.
- c) Eine grundsätzliche Opposition gegen die ungebrochene Hegemonie neoliberaler Politikmodelle ist gesellschaftlich marginal. Und ich habe erhebliche Zweifel daran, dass gerade Parteien in der Lage sind, diese Hegemonie aufzubrechen. Einmal stehen sie in der Öffentlichkeit unter einem erheblichen Profilierungsdruck, was das Aufgreifen quer liegender Denkmodelle erschwert oder es, angesichts der Strukturen der Medienöffentlichkeit, zu einer populistischen Inszenierung werden lässt, die leicht nach hinten losgehen kann (Beispiel: die grüne Forderung nach höherer Besteuerung des Benzins, die zu einer „5-Mark-der-Liter“-Chiffre verdünnt wurde, ohne dass die grundsätzlichen Probleme noch mittransportiert werden konnten).
- d) Die zunehmenden sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlichen Verwerfungen, nicht nur zwischen Ost und West, sondern zwischen neuer Armut und alt/neuem Reichtum, zwischen KernarbeiterInnen und prekär Beschäftigten etc. sind im politischen System/Parteiensystem kaum noch zu artikulieren. Sie scheinen das bestehende System der Interessenvermittlung grundsätzlich in Frage zu stellen, so dass neue Formen der politischen Artikulation notwendig sind. Das macht politische Parteien nicht überflüssig. Aber die Gefahr besteht, dass sie sich zu sehr partikularistischen Klientelparteien mit populistischem Einschlag entwickeln. Dies wird oft der PDS als „Ostdeutscher Regionalpartei“ vorgeworfen; aber es betrifft die anderen Parteien durch die Bank (und die FDP an erster Stelle) nicht weniger.

**4) Die eigentlich zentrale Frage einer Organisationsreform scheint mir angesichts dieser Entwicklung darin zu liegen, für welche Funktionen (Aufgaben, Zielsetzungen) Parteien zentral sind und welche eher von anderen Organisationstypen übernommen werden können. Diese Frage ist letztlich darauf zuzuspitzen, was die Repräsentation im Parlament und in Regierungen bedeutet. Ich möchte dies auf die Alternative Integrationsmodell vs. Konfliktmodell zuspitzen.**

Nach allen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte können neue Themen und Konfliktlinien nur von außerhalb des Parteiensystems artikuliert werden. Soziale Bewegungen sind danach

besser geeignet, um Themen, die quer zu den etablierten Fronten der um Wählerstimmen und Einfluss konkurrierenden Partei liegen und/oder wenig Erfolgchancen in diesen „Wählungen“ erwarten lassen, öffentlich zu thematisieren. Dass scheint mir auch hinsichtlich der Hegemonie des Neoliberalismus und der krisenhaften Folgen neoliberaler Globalisierung der Fall zu sein. Hier scheint eine eindeutig konfrontative, auf jeden Fall stärker konflikthafte Entwicklung unvermeidlich, wollen wir uns nicht noch mehr von den ausgelatschten „Reformen“ bieten lassen, die doch nur die ohnehin schon vorhandenen Krisentendenzen noch verschärfen. Ein Konfliktmodell scheint mir also für die aktuelle Situation wesentlich attraktiver zu sein. Parteien scheinen dagegen fast zwangsläufig auf ein Integrationsmodell festgelegt zu sein, da sie darauf ausgerichtet sind, unterschiedliche Interessen in das System der Interessenvermittlung zu integrieren. Dies ist keineswegs per se unwichtig, obwohl es immer mit einer Stabilisierung kapitalistischer Vergesellschaftung verbunden ist. Aber entscheidend ist, dass dies heute angesichts der angedeuteten Gesamtsituation weder viel Aussicht auf Erfolg hat und auf jeden Fall zu Lasten innerparteilicher Demokratie und offener Diskussion geht, da hier die Effizienz der Politikvermittlung im Vordergrund steht. Notwendig scheint es daher zu sein, die Responsivität der PDS für die Anliegen der verschiedenen Bewegungen und für die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche zu erhöhen, ohne mit dem Anspruch aufzuwarten, per se „der Anwalt“ dieser Belange und Interessen zu sein. Aber als eine Form der Artikulation neben sozialen Bewegungen und spontanem Protest hat sie sicherlich eine wichtige Funktion. Dies setzt voraus, verkrustete Strukturen aufzubrechen und vor allem falsche Erwartungen an die Rolle der Partei zu revidieren. Notwendig wäre eher eine Art Arbeitsteilung, die auch nicht mit dem alten Slogan der Grünen von „Standbein“ und „Spielbein“ zu erfassen wäre. Denn die unterschiedlichen Ansätze von Bewegungen und Parteien sind kaum so einfach miteinander zu versöhnen. Eher wäre das Modell einer nicht auf Dominanz angelegten Partnerschaft zu verfolgen.